

Albrecht, Karl

Article — Digitized Version

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den USA., England, Frankreich und der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Albrecht, Karl (1952) : Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den USA., England, Frankreich und der Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 6, pp. 354-362

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/131539>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den USA., England, Frankreich und der Bundesrepublik

Dr. Karl Albrecht, Bonn¹⁾

Sind die Strukturdaten der europäischen Volkswirtschaften mit denen der USA. vergleichbar? / Jede Volkswirtschaft stellt eine Individualität dar, ohne deren sorgfältige Kenntnis sind Vergleiche unfruchtbar / Während die USA. eine expansive Wirtschaft haben, sind die Grenzen der Elastizität in der britischen Wirtschaft weitgehend erreicht. Frankreich steht unter einem dauernden Inflationsdruck, der durch die Konzeption des Monnet-Plans verstärkt wird / Die deutsche Wirtschaft ist durch ihre geographische Zerrissenheit und ihre inneren Spannungen charakterisiert / Die branchenmäßige Integration Europas bedarf als Fundament einer umfassenden Zusammenarbeit auf allen wirtschaftspolitischen Gebieten.

Je stärker sich die wirtschaftlichen Integrationsbemühungen zwischen den Einzelstaaten entwickeln, je stärker der internationale Erfahrungsaustausch gefördert wird, je bewußter die internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit wird, um so notwendiger ist es bei allen Versuchen, die in den einzelnen Ländern gesammelten Erfahrungen und entwickelten Theorien auf andere Volkswirtschaften anzuwenden, sich dessen bewußt zu werden, daß letztlich jede Volkswirtschaft eine Individualität darstellt. Um so notwendiger ist es auch, das typologisch Wichtige im Auge zu behalten, weil nur so verhindert werden kann, daß durch eine allzu unkritische Übertragung von „Rezepten“ Mißerfolge hervorgerufen werden. Die geographische, geologische und klimatische Struktur eines Landes hat zweifellos ebenso starken Einfluß auf das Potential seiner Wirtschaftsentwicklung, und damit auf die Möglichkeiten seiner Wirtschaftspolitik, wie die Rechtsordnung, die soziale Struktur, die biologische und vor allem die charakterliche Veranlagung der Menschen, und nicht zuletzt das Bewußtsein ihrer Geschichte, ihrer Tradition, ihres Vorstellungsinhalts. Gerade dort, wo die Wiederherstellung möglichst reibungsloser Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften im Interesse der Herbeiführung größtmöglicher Arbeitsteiligkeit und mit dem Ziel einer ständigen Verbesserung des Verhältnisses zwischen Aufwand und Leistung im weitesten ökonomischen Sinne notwendig ist, erscheint es wichtig, durch Anschauung und Vergleich sich immer wieder die besondere Individualität der für das weltwirtschaftliche Wirken maßgeblichen Volkswirtschaften vor Augen zu führen.

Es wäre eine nicht nur reizvolle, sondern höchst erwünschte Aufgabe eines mit der Wirtschaftspolitik vertrauten Volkswirtschaftlers, einen solchen umfassenden Vergleich durchzuführen. Hier können nur einzelne Anregungen dafür gegeben werden. Aber selbst ein solcher begrenzter Versuch ist freilich in Anbetracht der Vielfalt der hier zu berücksichtigenden Erscheinungsformen ein kaum zu verantwortendes, Kühnes Unterfangen. Er ist andererseits wohl heute notwendiger denn je, in einem Zeitpunkt, in dem die USA. ihre Wirtschaftsentwicklung und ihre Wirt-

schaftspolitik als ein Beispiel, ihre Erfahrungen und ihre Hilfsmittel als eine Unterstützung den abendländischen Volkswirtschaften anbieten.

Es ist in der Tat eine imponierende Entwicklung, die die Wirtschaft der USA. aufweisen kann. Nach dem ersten Weltkrieg nahm sie einen ungeheuren Aufschwung, wobei bekanntlich die Entwicklung der Automobilindustrie sich als ein zentraler Konjunkturträger erwies, dem sich die Entwicklung der Dienstleistungen mit dem Ziel einer elastischen Konsumausweitung zur Seite stellte. Die große Weltwirtschaftskrise brachte Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung von mehr als 10 Millionen Menschen. Sie wurde überwunden. Im zweiten Weltkrieg wurde die Rüstungsproduktion auf die Zivilproduktion aufgestockt. Nach seinem Ende trat die von allen erwartete Umstellungskrise zumindest nicht in dem befürchteten Ausmaß ein. Bald zeigte sich nicht nur eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit, sondern eine überraschende Entwicklung; ein Teil des Zuwachses des Sozialprodukts konnte für das Wiederaufbauwerk in Europa zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbruch des Korea-Konflikts führte zu neuen Anspannungen und zu einer neuen Ausweitung des Gesamt-Wirtschaftsvolumens. Aus diesen Erfahrungen heraus wird die Empfehlung maßgebender amerikanischer Wirtschaftspolitiker an die Empfängerländer der Marshallplan-Hilfe verständlich: das Sozialprodukt in wenigen Jahren um etwa 150 Mrd. Dollar zu erhöhen, um damit zugleich die Sicherung des Friedens und des Lebensstandards sowie die Sicherung der inneren und äußeren Finanzstabilität zu ermöglichen, d. h. Realkaufkraft und Währung zu stabilisieren.

Die Kenntnis der Ursachen und der Voraussetzungen für eine solche Entwicklung, in Verbindung mit einer Untersuchung über die wesentlichsten Charakterzüge europäischer Volkswirtschaften, erleichtert die Beantwortung der speziellen Frage, wieweit die amerikanischen Erfahrungen und Methoden der Wirtschaftspolitik auf europäische Volkswirtschaften übertragbar sind. Wenn hier versucht wird, die amerikanische Volkswirtschaft in einigen charakteristischen Zügen mit der englischen, französischen und deutschen zu vergleichen, so erfolgte die Auswahl gerade dieser Volkswirtschaften, weil nicht nur ihr Volumen bedeutend ist, sondern weil sie als Typen interessant sind.

¹⁾ Neufassung eines an der Universität Basel am 14. Februar 1952 gehaltenen Vortrages.

Dynamik und Elastizität sind sprichwörtlich für die Wirtschaft der USA. Sie legen die Vermutung nahe, daß diese Wirtschaft noch keineswegs das ihr innewohnende Potential völlig ausgenutzt hat, so daß man auch heute noch trotz ihrer gigantischen Ausmaße geneigt ist, die Wirtschaft der USA. als eine solche zu bezeichnen, die noch keineswegs eine der späten Phasen ihrer Entwicklung erreicht hat. (Wenn man nicht sogar soweit gehen will, sie als — freilich auf höherer Ebene — noch „unentwickelt“ zu bezeichnen.)

Die Wirtschaft Frankreichs steht praktisch seit 1916 unausgesetzt unter Inflationsbefürchtung und Inflationsgefährdung. Der hohe Anteil der Agrarwirtschaft mag hier mildernd wirken, während die kühne Konzeption des Monnetplans immer von neuem die innere und äußere Finanzstabilität dieser Wirtschaft bedroht und daher ständig Revisionen und Anpassungen erfordert.

Die Wirtschaft Großbritanniens, in der zugleich mit der Vollbeschäftigung eine erhebliche Umschichtung der Einkommensstruktur im Wege einer Erhöhung der sogenannten Übertragungseinkommen erreicht wurde, wird heute durch einen sehr stark angewachsenen Kollektivkonsum charakterisiert, der ohne Frage die Handlungsfreiheit auch einer konservativen Regierung erheblich einschränkt, wie denn überhaupt diese Wirtschaft den Eindruck erweckt, als seien hier die Grenzen der Elastizität weitgehend erreicht.

Das Charakteristikum der deutschen Wirtschaft bleiben bis auf weiteres ihre geographische Zerrissenheit und ihre inneren Spannungen, die zugleich Folge und Ursache mangelnder Harmonie und unorganischer Größenbeziehung sind. Erst langsam wächst diese Wirtschaft in ihr ursprüngliches Potential wieder hinein. Während sie dem Fernerstehenden durch ihren scheinbar expansiven Charakter überraschende Ähnlichkeit mit Temperament und Tendenz der amerikanischen Wirtschaft zu haben scheint, erkennt der mit ihren Hintergründen besser Vertraute den charakteristischen Unterschied: Es ist eine Wirtschaft, die ihren bereits früher erreichten Entwicklungsgrad erst wiedergewinnen und gleichzeitig strukturelle Anpassungen vornehmen muß.

VERGLEICHENDE STRUKTURANALYSE

Ein Vergleich der hauptsächlichsten Strukturdaten der vier Volkswirtschaften gibt bereits beachtliche Aufschlüsse, die die soeben aufgezeigten charakteristischen Wesensmerkmale teils begründen, teils bestätigen. Ungewöhnlich groß sind die Unterschiede in der Bevölkerungsdichte, insbesondere, wenn man sie auf den Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche bezieht. Auf dieser wohnen:

in den USA.	34 Menschen
in Frankreich	126 Menschen
in Großbritannien	229 Menschen
in der Bundesrepublik	354 Menschen

Ein Vergleich des Anteils der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung ergibt folgendes Bild:

in den USA.	42,6 %	in Großbritannien	46,8 %
in Frankreich	52,3 %	in der Bundesrepublik	47,6 %

Der geringe Anteil in Amerika könnte ein Beweis für den Reichtum seiner Bevölkerung sein. Der ungewöhnlich hohe Anteil in Frankreich ist durch die große Zahl von Fremdarbeitern, Junggesellen und in der Landwirtschaft mithelfenden Familienangehörigen bedingt. Die fast gleichen Zahlen für Großbritannien und die Bundesrepublik sind um so interessanter, als auch die absoluten Zahlen der Bevölkerung und die der Erwerbspersonen fast gleich hoch sind.

Sehr charakteristisch sind auch die Unterschiede, die sich ergeben, wenn man den Quellen des Volkseinkommens nachgeht.

Entstehung des Volkseinkommens 1950²⁾

(in % des Gesamteinkommens)

Quelle	USA.	Frankreich	Großbrit.	Bundesrepublik
aus landw. Tätigkeit	7	17	5	12
aus industr. Tätigkeit	38	40	46	55

Hier fällt auf, daß entgegen mancher landläufigen Auffassung in den USA. der Anteil des Volkseinkommens aus industrieller Tätigkeit verhältnismäßig gering ist. Diese Tatsache findet ihre Begründung ebenfalls in dem Reichtum dieses Landes, der der Inanspruchnahme von Dienstleistungen jeder Art großen Spielraum läßt. Daß in der Bundesrepublik aus landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit insgesamt 67 % des gesamten Volkseinkommens stammen, läßt umgekehrt einen Schluß auf die vergleichsweise Armut dieses Landes zu.

Ein charakteristisches Datum für jede Volkswirtschaft ist ihr Außenhandelsvolumen. Dieses betrug im Jahr 1950³⁾ in Mrd. Dollar bzw. je Kopf der Bevölkerung in Dollar:

Land	Gesamtvolumen in Mrd. Dollar	Volumen je Kopf in Dollar
USA.	19,1	126
Frankreich	6,1	145
Großbritannien	13,6	269
Bundesrepublik	4,7	99

Es ist nun eine bekannte Tatsache, daß die Relation zwischen Bevölkerungsdichte je Quadratkilometer landwirtschaftlich genutzter Fläche und dem Außenhandelsvolumen je Kopf der Bevölkerung einen guten Aufschluß über Wohlstand und Lebensstandard der betreffenden Volkswirtschaft gibt.⁴⁾ Diese Relation beträgt für:

USA.	3,7	Großbritannien	1,2
Frankreich	1,2	Bundesrepublik	0,3

Diese Zahlen sind als absolute Werte ohne praktische Bedeutung. Würde man aber beispielsweise sich dahin einigen, den französischen Wohlstand bzw. Lebensstandard als eine Norm anzuerkennen und ihn demzufolge = 100 zu setzen, so ergibt sich danach ein Wohlstandsfaktor für die USA., der 3mal so groß wie der englische und französische ist, während der deutsche im Jahr 1950 nur erst etwa 1/4 hiervon betrug.

²⁾ UN-Jahrbuch 1951.

³⁾ General Statistical Bulletin OEEC. Paris.

⁴⁾ Vgl. K. Albrecht: Bestimmungsgründe für die Intensität des Außenhandels, Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, Bd. 105, Heft 1.

Nicht ganz so krasse Unterschiede ergeben sich, wenn man die *Verbrauchsquote* je Kopf der Bevölkerung ermittelt. Sie betrug im Jahr 1951 in Dollar berechnet, und zwar auf der Basis der ECE.-Kaufkraftparität für:

USA.	1331 ⁵⁾	Großbritannien	681
Frankreich	544	Bundesrepublik	356

Setzt man daneben noch, nach der gleichen Methode berechnet, den Aufwand für *Bruttoinvestitionen* je Kopf der Bevölkerung, so ergeben sich hieraus folgende Ziffern:

USA.	654 ⁵⁾	Großbritannien	163
Frankreich	171	Bundesrepublik	140

Diese Ziffern sind nun teils Ursache, teils Folge einer Industrieentwicklung seit der Vorkriegszeit, für die folgende Indices charakteristisch sind:

Erreichter Stand der Industrieproduktion (Mitte 1951)
(1938 = 100) ⁶⁾

Position	USA.	Frankreich	Großbrit.	Westdeutschland
Industrieproduktion insg.	252	143	149	109
davon:				
Kohle	145	115	114	88
Rohstahl	327	161	142	80
Elektrizität	263	185	220	158
Zement	247	215	166	109

Es hat nun den Anschein, daß diese divergierende Entwicklung der vier für die gesamte Weltwirtschaft bedeutsamen Volkswirtschaften sich fortsetzen wird, denn die Effizienz je Arbeitsstunde bzw. ihre Produktivität betrug Ende 1951 in Prozent von 1938 ⁷⁾:

USA.	148	Großbritannien	131
Frankreich	123	Bundesrepublik	98

Es wird nun alles darauf ankommen, ob es durch volkswirtschaftlich zweckmäßige Investitionen gelingt, diese gefährliche Tendenz, die letztlich die eigentliche Ursache für den sogenannten Dollarmangel Europas darstellt, zu überwinden. Es sollte möglich sein, den deutschen Leistungsstand zunächst zumindest auf die Höhe des englischen bzw. französischen zu bringen. Es wäre darüber hinaus eine sinnvolle Politik europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit, wenn die USA. aus ihrer derzeitigen strukturbedingten Zahlungsbilanz-Position heraus sich zu einem stärkeren Kapitalexport nach Europa entschließen könnten und wenn die europäischen Länder durch Schaffung gemeinsamer Märkte, durch eine gesunde und ehrliche Kredit- und Währungspolitik und durch Intensivierung ihrer Bemühungen zur Hebung der Produktivität die Voraussetzungen dafür schafften, daß amerikanisches Kapital sich an Europa wieder stärker interessiert und hieraus auch materiellen Nutzen ziehen kann.

Die charakteristischen Unterschiede, die sich beim Vergleich wichtiger Strukturdaten zwischen den einzelnen Volkswirtschaften ergeben, finden ihre Erklärung und Begründung, wenn man im einzelnen sich etwas eingehender mit diesen Wirtschaften befaßt.

⁵⁾ Vgl. H. Strathus: Intern. Steuerbelastungsvergleich, Frankfurt/M., 1952.

⁶⁾ Economic Survey of Europe for 1951, ECE, Genf.

⁷⁾ Vgl. Wochenbericht vom 23. 5. 1952 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

EXPANSIVE WIRTSCHAFT DER USA.

Die ungewöhnliche Elastizität der amerikanischen Wirtschaft zeigt sich bereits in der Agrarwirtschaft, deren Bedeutung für die amerikanische Gesamtwirtschaft vielfach unterschätzt wird. In den 10 Jahren von 1941 bis 1950 gelang es, 7 Mill. Zugtiere durch erhöhten Einsatz von Traktoren zu ersetzen. ⁸⁾ Damit wurden 20 Mill. Hektar Land für die menschliche Ernährung gewonnen und die amerikanische Wirtschaft zugleich in den Stand gesetzt, nicht nur den Zuwachs an eigenen Menschen zu versorgen, sondern in erheblichem Umfange Nahrungsmittel zu exportieren. Der Wert des landwirtschaftlichen Geräts stieg in dieser Zeit von 3,1 auf 15,5 Mrd. Dollar, wobei freilich Preissteigerungen zu berücksichtigen sind. Gleichzeitig wurde die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen von 9,6 Mill. auf 7,5 Mill. vermindert und dadurch die Elastizität der Industriegewirtschaft beachtlich erhöht. Gleichzeitig gelang eine Steigerung des Ertrages um 46 %. Im Jahre 1950 wurden für fast $\frac{3}{4}$ Mrd. Dollar Düngemittel mehr verbraucht und damit eine Ertragssteigerung um 3 Mrd. Dollar erreicht, d. h. jeder für Düngemittel zusätzlich aufgewendete Dollar erbrachte einen Mehrertrag von 4,13 Dollar.

Vergleicht man die Produktivität der menschlichen Arbeit in der amerikanischen Landwirtschaft mit der Westeuropas, so ergibt sich folgendes Bild:

Getreidewertleistung je Beschäftigten ⁹⁾
(in t)

Land	Leistung	Land	Leistung
USA.	30	Bundesrepublik	8
Westeuropa	5	Frankreich	6
Großbritannien	23		

Die Bedeutung, die die Investitionen in der Landwirtschaft für die Ertragssteigerung gehabt haben, geht aus folgender Übersicht hervor:

Land	Anteil des Volkseinkommens aus Landwirtschaft u. Fischerei in %	Davon für landwirtsch. Investitionen verwendet in %	Anteil der landw. Investitionen an der Gesamtinvest. Summe in %
USA.	7	23,0	11
Frankreich	17	12,6	12
Großbritannien	5	13,7	4
Bundesrepublik	12	16,3	8

Die starke Elastizität, die durch die amerikanische Landwirtschaftspolitik in die Gesamtwirtschaft hineingebracht wurde, ist natürlich ein besonders spezifisches Charakteristikum der amerikanischen Industrie und des Handels. Außerlich kennzeichnend hierfür ist vor allem die erhebliche Veränderlichkeit des Beschäftigungsgrades.

⁸⁾ Vgl. hier und im folgenden: Karl Brandt, American Agricultural Policy during rearmament. Stanford University 1951.

⁹⁾ Dabei muß man freilich beachten, daß die Weizenerrträge absolut in den USA. ganz erheblich unter den europäischen liegen.

Weizenerrträge
(dz je ha)

Land	Durchschn. 1934/38	1949/50	Zunahme in dz	%
USA.	8,7	10,6	1,9	22
Frankreich	15,6	18,1	2,5	16
Großbritannien	23,1	26,8	3,7	16
Bundesrepublik	22,3	26,3	4,0	18

Es wurden in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt:

Mitte November 1951	46,8 Mill. Menschen
Mitte Dezember 1951	47,6 Mill. Menschen
Mitte Januar 1952	46,0 Mill. Menschen

Wesentlicher als diese Einzelfakten ist die Entwicklung der Industrie-Investitionen. In der amerikanischen Industrie einschließlich Energiewirtschaft, Verkehr und Bergbau wurden 1949 14,3 Mrd., 1950 14,8 Mrd. und 1951 21,5 Mrd. Dollar investiert. Der Investitionszuwachs betraf vor allem die Stahlerzeugung, die chemische Industrie und den Maschinenbau und bewirkte vielfach nach durchgeführter Modernisierung eine echte Expansion. Die Stahlkapazität stieg von Mitte 1950 bis Ende 1951 um 8 Mill. t auf 108 Mill. t, sie soll 1954 120 Mill. t erreichen. Der westeuropäische Gesamtbedarf wird bekanntlich für 1956 mit etwa 63—64 Mill. t, die mögliche westeuropäische Ausfuhr mit etwa 6—7 Mill. t geschätzt, so daß die westeuropäische Stahlindustrie 1956 eine Gesamtkapazität von 75—80 Mill. t bei ca. 70 Mill. t effektiver Erzeugung haben müßte.

In der amerikanischen Elektrizitätswirtschaft stieg die Kapazität von 1950 auf 1951 um 7 Mill. kW, d. h. in einem Jahr um den Betrag der deutschen Gesamtkapazität. Für 1952 wird ein weiterer Zuwachs um 9,6 Mill. kW erwartet.

Die Zahl der Arbeitslosen fiel auf ein Minimum; sie betrug Ende 1951 1,7 Mill. Menschen und war damit um $\frac{1}{2}$ Million niedriger als 12 Monate zuvor.

Der Privatverbrauch erreichte um die Jahreswende 1950/51 mit einem Jahresvolumen von etwa 210—212 Mrd. \$ einen Rekord. Dann trat eine beachtliche Stabilisierung ein, und es gehört zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der amerikanischen Wirtschaft, daß gleichzeitig eine ungewöhnliche Steigerung der Spareinlagen erzielt wurde. Durchschnittlich 10 % des disponiblen Einkommens wurden im Jahr 1951 gespart, während im Jahr 1950 diese Sparrate 5 %, im Durchschnitt der vorhergehenden Jahre nur 4 % betrug. Trotzdem wird einer möglichen Inflationsgefahr ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet, denn die Verteidigungsausgaben, die im Jahre 1952 etwa 17 % des Volkseinkommens erreichen werden, dürften im Jahr 1953 auf 21 % steigen. Man rechnet damit, daß die Inflationslücke zur Zeit eine Größenordnung von etwa 20 Mrd. Dollar aufweist, d. h. also in Anbetracht der Größenordnung des derzeitigen Gesamt-Privatverbrauchs fast genau der derzeitigen Jahressparrate von 10 % oder etwa 22 Mrd. Dollar entspricht. Die verantwortlichen Leiter der amerikanischen Wirtschaftspolitik haben daraus die Aufgabe abgeleitet, mit geeigneten Maßnahmen Löhne und Preise zu stabilisieren, wobei freilich die seit Mai 1952 stärker werden den Lohnkämpfe in den USA. zu erheblichen Besorgnissen Anlaß geben müssen.

Versucht man, sich ein Urteil über die Gründe zu bilden, die einerseits die erhebliche Produktivität und Elastizität der amerikanischen Wirtschaft, andererseits ihre verhältnismäßig geringe Anfälligkeit in bezug auf Inflationen erklären könnten, so wird man sich im wesentlichen dem Urteil Summer H. Slichters an-

schließen können¹⁰⁾, der nicht nur die Investitionen und die verbesserte Rohstofflage, sondern auch folgende 5 Punkte hierfür anführt:

1. Die unbedingte Sicherheit von Person und Eigentum ermöglichen langfristige Planung und Investitionen, statt zur Hortung oder zum Streben nach Liquidität um jeden Preis anzuregen.
2. Es gibt keine Klassenkämpfe und keine sozialen Schranken im eigentlichen Sinne. Aufstiegsmöglichkeiten bestehen für jeden, jedem ist das Studium zugänglich, Neugründungen sind jederzeit möglich (ihre Zahl beträgt jährlich etwa 200 000).
3. Ein starker Bevölkerungszuwachs gibt der Wirtschaft immer neuen Antrieb. Früher lag seine Ursache in der starken Zuwanderung, heute in der sehr hohen Geburtenrate. Interessant ist, daß in Anbetracht der starken Expansion sich auf dem Arbeitsmarkt immer wieder Verknappungserscheinungen zeigen; sie sind nach Slichters Auffassung der entscheidende Anreiz zur Steigerung der Produktivität.
4. Die amerikanische Massenproduktion wird ermöglicht durch eine breite Mittelschicht, in der das Farmer-tum eine große Rolle spielt, und durch die hohen Löhne der Industriearbeiterschaft. Damit ist die soziologische und kaufkraftmäßige Voraussetzung für den allgemeinen Trend der amerikanischen Wirtschaft gegeben.
5. Schließlich unterstreicht Slichter, daß Wettbewerbsgesinnung und Freude an unternehmerischer Aktivität und unternehmerischem Risiko von entscheidender Bedeutung für Wesen und Charakter der amerikanischen Wirtschaft sind.

INFLATIONSBEFÜRCHTUNG UND -GEFAHR IN FRANKREICH

Das Institut de la Statistique et des Etudes Economiques hat in einer 1951 herausgegebenen Veröffentlichung „La France et l'inflation“ auf die entscheidende Rolle hingewiesen, die Inflationsbefürchtung und Inflationsgefahr für die Entwicklung der französischen Wirtschaft seit Jahrzehnten gespielt haben. Es datiert den Ursprung dieser Gefährdung auf das Jahr 1916 und sieht die eigentliche Ursache in der psychologischen Grundhaltung der Bevölkerung. Die Schwächung der Kampfmoral und der inneren Widerstandsfähigkeit führte damals zu Preis- und Lohnbewegungen. In den Jahren 1919—1926 war sowohl die Agrar- wie die Industrieproduktion unzulänglich, die Auslandsschuld stieg auf 19 Mrd. ffrs, die Staatschuld hatte sich vervierfacht, der Zinsendienst verzehnfacht. Das ergab einen echten inflationistischen Kreislauf; das Staatsdefizit führte zum Kaufkraftüberschuß, dieser zum Zahlungsbilanzdefizit, dieses zum Kurssturz, dieser zu Preiserhöhungen, dann zu Lohn-erhöhungen, gleichzeitig wurde Kapitalflucht ausgelöst. Das Jahr 1930 brachte die Weltwirtschaftskrise und einen starken Beschäftigungsrückgang um 32 %. Die Jahre 1934 und 1935 waren durch eine Deflation gekennzeichnet, gegen die die politischen Parteien der Volksfront im Jahr 1936 Lohnerhöhungen durchsetzten,

¹⁰⁾ Zitiert nach H. Groß: Der Produktivitätsvorsprung der USA., Handelsblatt, 19. 10. 1951.

während die Opposition der Unternehmer mit allen Konsequenzen gedrosselter Investitionen und gesteigerter Kapitalflucht hervorgerufen wurde. Nach der Befreiung Frankreichs im Jahre 1944 behalf man sich mit Zwangspreisen bei unzureichender Produktion. Ein allgemeiner Preiswettbewerb trat in Anbetracht geschwächter Staatsautorität ein, das Steueraufkommen war rückläufig, psychologisch ergab sich aus der Befreiung ein starker Anreiz zur Bedarfsdeckung; die sogenannte „Befreiungskaufwelle“ machte einen erheblichen Rohstoffmangel sichtbar. In den Jahren 1945-1949 entwickelten sich die Löhne stärker als die kontrollierten Preise (sie stiegen vom 1. Quartal 1946 bis zum 4. Quartal 1949 um 194 %, die Verbrauchsgüterpreise um 125 %). Sie erschwerten damit die Wirksamkeit der Preiskontrollen und die auf Preisstabilität gerichtete Regierungspolitik. Der verstorbene Finanzminister Petsche erzielte Erfolge in der Bekämpfung der Inflation, als durch den Ausbruch der Koreakrise außenwirtschaftliche Einflüsse seine Politik erneut gefährdeten. Seitdem sind die Großhandelspreise weiterhin um ca. 50 % gestiegen, und die psychologische Haltung der Bevölkerung, die im wesentlichen von Zweifeln an der inneren und äußeren Finanzstabilität bestimmt war, führte zu gesteigerter Goldhortung, deren Gegenwert zur Zeit auf 2 1/2 — 3 Mrd. Dollar geschätzt wird. Diese Haltung hat ihre verständlichen Gründe. Ganz ohne Zweifel muß anerkannt werden, daß der französische Staatshaushalt durch den Indochina-Konflikt und ähnliche Vorgänge ganz außergewöhnlich belastet wird. Neutrale Beobachter¹¹⁾ kritisieren aber in diesem Zusammenhang, daß offensichtlich aus innenpolitischen Gründen die Steuererziehung insbesondere bei den agrarischen Bevölkerungskreisen erhebliche Mängel aufweist. Darüber hinaus wird man sich die Frage vorzulegen haben, ob nicht durch Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion das für den privaten Konsum zur Verfügung stehende Sozialprodukt beachtlich gesteigert und damit eine erfolgreiche Gegenwirkung gegen die Inflationstendenzen erzielt werden könnte. Die französischen Überlegungen zur Agrarunion lassen zumindest den Schluß zu, daß technisch eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich wäre. Es hat den Anschein, als ob das für die psychologische Haltung der französischen Bevölkerung so charakteristische Unsicherheitsempfinden nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet sich auswirkt und die im europäischen Interesse wie im Interesse einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Frankreich selbst erwünschte Ausnutzung vorhandener Möglichkeiten behindert.

Dazu kommt ein weiteres: Die französische Wirtschaftspolitik hat die Investitionsquote wesentlich gesteigert. Sie betrug vor dem Kriege 15 % des Volkseinkommens und ist heute mit ca. 20 % zu veranschlagen. Dieses Investitionsprogramm ist mit dem Namen Monnet's verknüpft. Er begann seinen Plan der Rekonstruktion

¹¹⁾ Basler Nationalzeitung vom 14. 2. 1952.

der französischen Wirtschaft 1946 zu verwirklichen, und es ist bekannt, daß er ihn infolge der dadurch ausgelösten Inflationstendenzen bereits im Jahr 1947 einer Revision bzw. einer Reduktion unterziehen mußte. In den Jahren 1947—1950 sind im Rahmen dieses Plans Investitionen in Höhe von 1531 Mrd. ffrs. (jeweilige Kaufkraft) finanziert worden. Auf die Staatsbetriebe entfielen davon fast 650 Mrd. ffrs., und hiervon wurden aus öffentlichen Fonds über 530 Mrd. ffrs. bereitgestellt. Insgesamt ergibt sich das Bild, daß diese Investitionen zu 57 % aus öffentlichen Mitteln, darunter Notenbankkrediten, 25,2 % durch Selbstfinanzierung über erhöhte Preise, 9,6 % durch Bankkredite und nur 8,2 % aus Anleiheemissionen finanziert worden sind. Aber nicht nur, daß diese starke Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel für Investitionen inflatorisch gewirkt hat, die hierdurch veränderte Struktur der Grundstoffindustrie wirkte in gleicher Richtung. Der Produktionsindex der Elektrizitätserzeugung lag Mitte 1951 um 85 % über dem Index von 1938, derjenige für die Mineralölproduktion um 180 % darüber, derjenige für die eisen-schaffende Industrie um 61 %, während der Index der Textilindustrie nur 17 % über dem Vorkriegsniveau lag und die Lederindustrie um rund 30 % hinter dem Vorkriegsvolumen zurückblieb. Die Tatsache, daß die Verbrauchsgüterindustrie in keiner Weise mit der Grundstoffindustrie Schritt gehalten hat, stellt eine ernste Sorge für die französische Wirtschaftspolitik dar, denn den steigenden Nominallöhnen steht somit kein ausreichendes Angebot von Verbrauchsgütern gegenüber. Dieser Tatbestand ist eine entscheidende Inflationsursache, da er im Innern die Preise in die Höhe treibt und im Verhältnis zum Ausland einen Importüberschuß und damit ein Zahlungsbilanzdefizit herbeiführt. Anlässlich der Veröffentlichung des 4-Jahresberichts von Monnet Mitte vorigen Jahres sind denn auch in französischen Fachkreisen kritische Stimmen laut geworden, wie z. B. in der Agence Economique et Financière, die die einseitige Förderung der Grundstoffindustrie durch den Monnet-Plan als Ursache der Teuerung und des Mangels an Verbrauchsgütern kritisiert und die Finanzierung durch öffentliche Mittel anstatt durch Anleihen angreift. Das Direktorium der Europäischen Zahlungsunion hatte im Zusammenhang mit der französischen Zahlungsbilanzkrise ebenfalls Anlaß, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, und gab der französischen Regierung folgende Empfehlungen für ihre Wirtschaftspolitik:

„Es wird anerkannt, daß die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft vor allem durch folgende Ursachen bedingt sind: Starkes Ansteigen des Lebensstandards, höhere Verteidigungsaufwendungen, Krieg in Indochina, Investitionsprogramm, Entwicklungsprogramm Übersee, erhöhte soziale Aufwendungen.“

Durch alle diese Ursachen ist insbesondere das Haushaltsdefizit bedingt, das ganz besonders durch die Tatsache überlastet worden ist, daß die private Ersparnisbildung bei der Finanzierung von Investitionen versagt hat.“

Um die Inflation aufzuhalten, legt der Rat der OEEC der französischen Regierung folgende Maßnahmen nahe:

- a) Echte Einsparungen im Haushalt, um das Haushaltsdefizit zu bekämpfen;

- b) Strenge Kreditrestriktionen;
- c) Einflußnahme auf Preise und Löhne.

Anläßlich der Ratifizierung der Gesetzesvorlage über die Montanunion durch die französische Nationalversammlung hat diese freilich die französische Regierung aufgefordert, ihre Bemühungen um Erhöhung der Investitionen in der französischen Grundstoffindustrie fortzusetzen, so daß von hier aus eine weitere Beeinträchtigung der inneren und äußeren finanziellen Stabilität befürchtet werden muß; ganz abgesehen davon, daß auch güterwirtschaftlich gesehen Zweifel geäußert werden müssen, ob die französischen Pläne zum weiteren Ausbau der Stahlindustrie im nationalen und im europäischen Rahmen realisierbar sind. Der „Figaro“ berichtete am 4. 3. 1952, daß der französische Vizepräsident der Chambre Syndicale de la Sidérurgie, Pierre Ricard, mitgeteilt habe, daß in Verfolg dieses Beschlusses des Rats der Republik vom französischen Generalplanungssekretariat unter Leitung von Monnet neue Pläne aufgestellt würden, nach denen die Rohstahlerzeugung Frankreichs und der Saar innerhalb von 7 Jahren auf 21 Mill. t gebracht werden sollte. Man nimmt an, daß sie im Jahr 1952/53 15 Mill. t erreichen wird. Das Aufkommen an Schrott wird in Frankreich und dem Saargebiet auf etwa 5 Mill. t jährlich geschätzt. Für eine Produktion von 21 Mill. t Rohstahl sind aber mindestens 7—8 Mill. t Schrottbedarf anzunehmen. Im Jahr 1938, als Frankreich 6,2 Mill. t Rohstahl produzierte, konnte es übrigens im Inlande nur 4,4 Mill. t absetzen. Mit der Montanunion erstrebt Frankreich bessere Rohstoffversorgung und erhöhte Absatzmöglichkeiten für eine stark auszuweitende Kapazität.

VOLLBESCHÄFTIGUNGSPOLITIK IN GROSSBRITANNIEN

Jeder Versuch einer Würdigung der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik Großbritanniens muß zunächst einmal die Rückwirkungen des 2. Weltkrieges auf die Wirtschaft in Erinnerung rufen. Auslandsinvestitionen in Höhe von 1 100 Mill. £, darunter insbesondere Kapitalanlagen in Dollarwährung, gingen verloren. Die Auslandsverschuldung erhöhte sich um 3 500 Mill. £, ungefähr die Hälfte der Flotte ging verloren. Beides bewirkte eine grundlegende Änderung der Zahlungsbilanzstruktur und einen ungewöhnlich starken Zwang zum Export, der seinerseits das verfügbare Inlandsangebot verminderte und dadurch die innere Finanzstabilität bedrohte. Verschärft wurde diese Situation durch die in der Weltpolitik immer stärker werdenden Anti-Kolonialtendenzen. Nicht übersehen werden darf auch die Tatsache, daß, durch Kriegs- und Nachkriegsumstände bedingt, die notwendige Modernisierung des Produktionsapparates weitgehend unterblieb. Unter diesen Umständen muß es als eine außergewöhnliche Leistung der britischen Wirtschaftspolitik gewertet werden, daß es gelang, die Arbeitslosigkeit auf weniger als 1,5 % der werktätigen Bevölkerung herabzudrücken, die Gesamt-Reallohnsumme gegenüber der Vorkriegszeit beachtlich zu steigern, bereits bis 1950 für mehr als 1 Million Familien neue Wohnräume zu schaffen, Arbeitszeit-

verkürzungen und bezahlten Urlaub einzuführen, die sozialen Leistungen je Kopf der Bevölkerung auf etwa 20 £, zusätzlich weiterer 10 £ für Subventionen, zu steigern und gleichzeitig durch eine Aktivierung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern eine nicht zu unterschätzende Steigerung der Produktivität zu erzielen. Soziologisch gesehen, ergaben sich mit dieser Politik vor allem eine wesentliche Erhöhung der verfügbaren Geldbeträge in der Hand der Arbeiterfrau und eine beachtliche Steigerung des Sozialaufwands, d. h. letzten Endes des Kollektiv-Konsums.

Damit aber deutet sich bereits die Notwendigkeit einer Kritik an dieser Entwicklung an. Die britische Vollbeschäftigungspolitik führte zu einer weitgehenden Umschichtung der Einkommensstruktur, als deren Folge eine bedenkliche Schwächung des Mittelstandes festgestellt werden muß. Während der Reallohn des einzelnen Arbeiters gegenüber der Vorkriegszeit um etwa 5 % stieg, ging derjenige des Angestellten um durchschnittlich 20 % zurück. Annähernd 40 % des Volkseinkommens werden für Steuern beansprucht. Die Kapitaleinkommen gingen in einem solchen Maße zurück, daß sie nicht mehr ausreichend zur Investitionsfinanzierung beitragen können. Aber nicht nur, daß durch ungewöhnlich hohe Besteuerung die private Kapitalbildung beeinträchtigt wurde, die zusätzliche Politik des sogenannten deficit spending mußte zu einem Nachfrageüberschuß führen, der seinerseits zwar ein Höchstmaß an Beschäftigung, gleichzeitig aber auch ständige Preissteigerungen bewirkte und damit den Anreiz zu individuellem Sparen ebenso wie den Anreiz zu verbesserter Produktionsleistung und den Arbeitseifer überhaupt zu schwächen drohte. Der ungewöhnlich hohe Anteil der Investitionsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln führte zudem zu einer gewissen Fehllenkung der Investitionen. So beachtlich die Leistungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der allgemeinen sozialen Einrichtungen sind, so blieben demgegenüber doch die Investitionen für Modernisierung des Produktionsapparates, namentlich in der Privatindustrie, völlig unzureichend. Es gelang nicht, die Aufgabe des Wiederaufbaus auf der Basis einer festen Währung nach innen und außen zu lösen, die die Voraussetzung für nachhaltiges Sparen und für die Finanzierung der erforderlichen Investitionen aus den Ersparnissen gewesen wäre. Auslandsanleihen, Marshallplanhilfe und Pfundabwertung mußten dazu dienen, diese Spannungen zu überbrücken.

Wie unelastisch die britische Volkswirtschaft unter dem Einfluß einer solchen Wirtschaftspolitik geworden ist, kennzeichnet nachfolgende Übersicht.

Verwendung des Volkseinkommens
(in %)

Position	1948	1949	1950	1951
Privatkonsum	67,7	66,2	66,6	66,7
Staatskonsum	15,1	15,8	14,9	17,3
Bruttoinvestition	17,5	17,8	16,8	16,7
Zahlungsbilanzsaldo	- 0,2	+ 0,2	+ 1,7	- 0,7

Man sieht daraus, daß die Erhöhung des Staatskonsums im Jahr 1951 gegenüber 1950 praktisch nur er-

reicht werden konnte durch eine Umkehrung des Zahlungsbilanzsaldos. Das Aktivum des Jahres 1950 in Höhe von 1,7% des Volkseinkommens verminderte sich in ein Passivum von 0,7%. Die Gesamtdifferenz von 2,4% entspricht genau der Erhöhung des staatlichen Konsums. Diese zunächst theoretisch erscheinende Darstellung läßt sich in erstaunlicher Weise konkretisieren: Großbritannien sah sich im Jahr 1951 zur Drosselung der Ausfuhr von Kohle und Stahl gezwungen, ja mußte sogar zu einem Importüberschuß auf diesen Gebieten seine Zuflucht nehmen.

Es ist bekannt, daß die konservative Regierung versucht, durch gewisse Änderungen in der Wirtschaftspolitik die eindeutig erkannten Schwierigkeiten zu überwinden. Es zeigt sich hier aber, daß eine über mehrere Jahre angewendete Wirtschaftspolitik gewisse Grunddaten der Wirtschaftsstruktur verändert und daß diese Veränderungen von nachhaltiger Wirkung sind. Die konservative Politik wird gerade in der mangelnden Elastizität der britischen Gesamtwirtschaft eine wesentliche Erschwerung im Hinblick auf den Wunsch nach grundsätzlichen Änderungen feststellen müssen. Dazu kommt noch ein außenwirtschaftliches Moment: Die Pfundabwertung des Jahres 1949, die zwar eine vorübergehende Entlastung der Zahlungsbilanz gebracht hat, führte gleichzeitig zu einer grundlegenden strukturellen Schwächung. In Anbetracht der Tatsache, daß der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen dem Sterlingraum und dem Dollarraum nur eine geringe Elastizität aufweist, bedeutete die Pfundabwertung eine beträchtliche Reduzierung der Dollareinnahmen für den Sterlingraum, ohne daß Großbritannien durch entsprechend weitgehende Drosselung seiner Dollarimporte einen Ausgleich schaffen konnte. Es hat den Anschein, daß eine „klassische“ strengere Wirtschaftspolitik in Großbritannien durch den damit verbundenen Zwang zu stärkerer Modernisierung die sehr problematische Pfundabwertung des Jahres 1949 hätte vermeidbar machen können. Indem man durch eine Kursänderung lediglich Schlußfolgerungen aus einer einseitigen Wirtschaftspolitik zog, verzichtete man auf eine Einwirkung auf die strukturellen Grundlagen und erschwerte dadurch für die Zukunft die Wiedergewinnung ausreichender Leistungsfähigkeit des Sterlingraums gegenüber dem Dollarraum.

SPANNUNGSREICHE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Eine Fülle von Daten sind Zeugen dafür, daß das ungewöhnliche Ausmaß an Arbeit und Opfern mit dem Ziel eines Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft und ihrer Anpassung an die völlig veränderte Raum- und Bevölkerungsstruktur erfolgreich war. Das Sozialprodukt, das zur Zeit der Währungsreform etwa die Hälfte des Volumens von 1936 betrug, stieg im Jahr 1951 auf 136%. Die industrielle Produktion verdoppelte sich gleichzeitig, die Nahrungsmittelerzeugung stieg um 30%. Der Export, der Mitte 1948 monatlich etwa 200 Mill. DM betrug, erreichte eine Größenordnung von monatlich 1 300 Mill. DM. Die Zahl der Be-

schäftigten im Gebiet der Bundesrepublik, die 1936 13,5 Mill. betrug, erhöhte sich um mehr als 1 Million. Der Reallohn stieg von 66% des Vorkriegswertes im Zeitpunkt der Währungsreform auf etwas über 100%. Alle diese Zahlen bedürfen freilich einer Korrektur. Man darf nicht übersehen, daß die Bevölkerungszahl um 21% über der Vorkriegszeit liegt, so daß die Vergleiche der pro-Kopf-Ziffern auf den meisten Gebieten zu dem Ergebnis führen, daß das Vorkriegsniveau knapp oder noch nicht erreicht ist. Außerdem aber darf man bei einem objektiven Wertungsversuch nicht übersehen, daß die Entwicklung der anderen Länder wesentlich weiter vorangeschritten ist.¹²⁾

Nichts kennzeichnet diesen Tatbestand deutlicher als der Vergleich der Indices der industriellen Produktion unter Zugrundelegung verschiedener Basisjahre (Stand vom Juni 1951):

Land	1938 = 100	1948 = 100
USA.	252	116
Frankreich	142	130
Großbritannien	152	124
Bundesrepublik	115	214

Während Mitte 1951 die industrielle Produktion Amerikas zwar nur 16% größer war als im Durchschnitt des Jahres 1948, aber mehr als das 2 1/2 fache der Vorkriegsproduktion betrug, ergeben sich für die Bundesrepublik annähernd die umgekehrten Ziffern.

Wie sehr die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik sich als eine typische Nachholentwicklung darstellt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Zuwachsrate der industriellen Produktion mit wachsendem Gesamtvolumen ganz erheblich gefallen ist.

Zuwachsrate der Industrieproduktion der Bundesrepublik

(in %)

4. Vierteljahr 1949 auf 4. Vierteljahr 1950	33,0
1. Vierteljahr 1950 auf 1. Vierteljahr 1951	33,2
2. Vierteljahr 1950 auf 2. Vierteljahr 1951	26,9
3. Vierteljahr 1950 auf 3. Vierteljahr 1951	12,4
4. Vierteljahr 1950 auf 4. Vierteljahr 1951	7,1
1. Vierteljahr 1951 auf 1. Vierteljahr 1952	5,2

Wenn auch der ungewöhnlich niedrige Wachstumsgrad der letzten Monate zum Teil auf eine depressive Konjunktur-entwicklung zurückzuführen ist, kann doch nicht übersehen werden, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik nunmehr etwa das vorhandene Potential ausfüllt. Daher wird jetzt der durch Kriegsfolgen bedingte Mangel an Proportionalität zu einem entscheidenden Problem der weiteren Entwicklung. Wagenführ¹³⁾ hat mit Recht darauf hingewiesen, daß zwar die Gesamt-Industrieproduktion sich von 1936 bis 1951 um 36% vergrößert habe, die Kohlenförderung jedoch nur um 9% stieg und die Eisen- und Stahlgewinnung sogar noch um 6% hinter dem Niveau von 1936 zurückblieb. Während alle Eisen und Metall verarbeitenden Industriezweige ihren Anteil am gesamten industriellen Nettoproduktionswert von 30% (1936)

¹²⁾ Vgl. Klepzig: Kritische Beurteilung der deutschen Wirtschaftserfolge, Wirtschaftsdienst, 32. Jahrgang, Heft 3/52.

¹³⁾ R. Wagenführ, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, Nr. 2/1952.

auf 35 % (1951) erhöhten, verminderte sich gleichzeitig der Anteil der Eisen- und Stahlgewinnung von 7,6 auf 5 %, d. h. um ca. $\frac{1}{3}$. Dies dürfte das schwierigste Problem der westdeutschen Industrielandschaft sein. Diese Darstellung wäre lückenhaft, wenn nicht noch kurz auf die sozialen Probleme eingegangen würde. Der Sozialetat der Bundesrepublik (d. h. insgesamt für Bund, Länder und Gemeinden) erreichte im Jahr 1951 die beachtenswerte Höhe von 17,8 Mrd. DM. Er lag damit um über 60 % über dem Stand von 1949. Hierfür wurden 51,8 % der Steuern und gesetzlichen Sozialabgaben in Anspruch genommen. Dennoch gelang es auf diese Weise nur, den 12,7 Mill. Sozialempfängern jährlich je etwa 1400 DM zukommen zu lassen. Mit der Feststellung dieser Tatsache, daß rund ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Sozialhilfeempfänger sind und daß diese durchaus unzureichende Hilfebeträge entgegennehmen müssen, kennzeichnet sich das politische und wirtschaftlich schwierigste und zugleich spannungsreichste Problem der Bundesrepublik. So sehr die Steigerung des Einkommens aller in Arbeit befindlichen Menschen aus allgemein-politischen und konjunkturpolitischen Gründen zu begrüßen ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß ohne allgemeine Preissenkung jede Lohn- und Gehaltserhöhung die Kluft zwischen dem Einkommensniveau der Sozialempfänger und dem der Beschäftigten vergrößert und dadurch die innenpolitischen und sozialen Spannungen verschärft, zumal sich nach wie vor unter den Sozialempfängern eine große Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen befinden. Die Bemühungen der für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verantwortlichen Männer, die noch verfügbare amerikanische Auslandshilfe für Deutschland vor allem mit dem Ziel einer Steigerung der Produktivität einzusetzen, gewinnen unter diesem Gesichtspunkt entscheidende Bedeutung. Insbesondere werden die Ergebnisse einer Produktivitätssteigerung für eine Hebung der Kaufkraft der Mark Verwendung finden müssen. Damit würde nicht nur der Lebensstandard auch der sozial Schwächsten entscheidend erhöht, sondern die Sparkapitalbildung und damit die Finanzierungsmöglichkeit für die notwendigen weiteren Investitionen gefördert werden. Gleichzeitig aber würden damit wesentliche Voraussetzungen für eine weitere Festigung des internationalen DM-Kurses und für die Konvertibilität der Mark geschaffen.

Bundespräsident Prof. Dr. Heuss hat kürzlich¹⁴⁾ etwa folgendes ausgeführt: Den Deutschen wünsche er Geduld, den Ausländern, daß sie wieder Freude empfinden mögen am deutschen Fleiß. Er hat hinzugefügt, daß eine eigenartige Tragik darin beschlossen sei, daß dieser deutsche Fleiß zugleich Lebensrettung und Lebensgefährdung bedeute.

Damit ist ein Thema angeschnitten, das im Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit von

¹⁴⁾ Rede anläßlich der Schaffermahlzeit 1952 in Bremen.

einem englischen Berichterstatter über die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in positiver Weise dahin formuliert worden ist, daß die volle Eingliederung der deutschen Wirtschaft auf höchstmöglichem Entwicklungsstande nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Notwendigkeit sei und daß ein wesentliches Ziel der Zusammenarbeit aller Länder darin bestehen müsse, dieses Hineinwachsen der deutschen Wirtschaft in das ihr angemessene Volumen und in die Weltwirtschaft für die übrigen Länder möglichst störungsfrei zu gestalten.

DIE AUFGABE DER ANGLEICHUNG

Betrachtet man die Besonderheiten der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik der hier in Betracht gezogenen Volkswirtschaften und ihre Individualität, so wird man in der Tat zu dem Ergebnis kommen, daß die kraftvoll vorangetriebene branchenmäßige Integration in Europa des Fundaments einer umfassenden Zusammenarbeit bedarf, bei der Handelspolitik, Kredit- und Finanzpolitik sowie Währungspolitik weitgehend aufeinander abgestimmt werden müssen. Koordinierung der internationalen Wirtschaftspolitik auf den genannten Gebieten durch entsprechende Zusammenarbeit der Volkswirtschaften, ergänzt durch eine Politik der Produktivitätssteigerung und eine angemessene Investitionspolitik, dürften die geeigneten Maßnahmen sein, um unter weitestgehender Vermeidung administrativer Beschränkungen wirtschaftlicher Betätigung Währung und innere Finanzstabilität zu sichern, den Güter- und Dienstleistungsaustausch und damit zugleich die Leistungsfähigkeit selbst zu erhöhen und die soziale Sicherheit in allen Ländern zu festigen.

Man wird darüber hinaus zu dem Ergebnis gelangen, daß im güterwirtschaftlichen Bereich die Besonderheiten der einzelnen Volkswirtschaften nicht übersehen werden dürfen, daß aber andererseits auf der Basis einer gesunden Kredit- und Währungspolitik in den einzelnen Ländern sich die Probleme einer internationalen Zusammenarbeit am leichtesten lösen lassen. Im Zweifelsfalle sollte man also bei der Übertragung von „Rezepten“ und „Lehren“ von einer Volkswirtschaft auf die andere immer dann sich zurückhalten, wenn andernfalls die Grundsätze einer gesunden Finanz- und Währungspolitik bedroht werden würden.

Daß gerade in den USA die Erfahrungen Belgiens, Italiens und der Bundesrepublik auf den Gebieten der Geld- und Finanzpolitik aufmerksamste Betrachtung fanden, ermutigt in diesem Zusammenhang ebenso sehr wie die Tatsache, daß über alle Verschiedenheiten der Wirtschaftsordnungen und -systeme hinaus die Reaktion der individuellen Konsumenten beispielsweise auf dem Textilgebiet zu einer internationalen „Solidarität“ führte. Sie erwies sich jeder Administration gegenüber als überlegen und — übernational.

Summary: Economic History and Economic Policy in the USA., Great Britain, France, and the Federal Republic. With economic integration between national economies advancing, it becomes increasingly urgent to remind oneself that, in spite of all comparisons and of all attempts to mutually exchange the experiences gained in the various countries, every national economy has its individuality. The knowledge of the roots and the basis of the extraordinary development of America's economy, combined with a study of the essential features of the European economies, enables one to ascertain the extent to which American experiences and methods can be transplanted into European surroundings. After comparing the main structural data of the four economies mentioned, the author characterises the individual economic policies. The dynamic character and the elasticity of the American economy are explained by the fact that its resources are not yet fully utilised. The stability of the French economy which since 1916 has been under perpetual inflationary pressure, is being continually threatened by the conception of the Monnet Plan. The policy of full employment pursued in Great Britain has altered the structure of incomes and has greatly increased collective consumption. The limits of the country's elasticity appear to have been nearly reached. Germany's economy is characterised by its geographical dismemberment and domestic tensions which are both the consequence and the root of lacking harmony and unorganic proportions. After investigating the economic histories and policies of the economies under review, and after considering their individuality, the author arrives at the conclusion that European integration by branches of trade needs as its basis far-reaching cooperation in the field of commerce, credit, financial, and monetary policy.

Résumé: Développement et politique économique: Etats-Unis, France, Angleterre et République Fédérale. Le progrès de l'intégration économique des pays exige qu'on se rende compte, lors de toute comparaison et de tout essai d'échanger les expériences faites dans les différents pays, qu'après tout chacune de ces économies nationales a un caractère individuel bien déterminé. C'est seulement en connaissance des causes et des conditions de l'essor économique extraordinaire des Etats-Unis d'une part et par une analyse des traits caractéristiques des économies nationales du continent européen d'autre part qu'on saura conclure au degré de transmissibilité des expériences et des méthodes américaines sur les économies nationales européennes. Après un examen comparatif de la structure des quatre économies nationales l'auteur procède à une analyse de la politique économique individuelle de ces quatre pays. Il explique le dynamisme et l'élasticité de l'économie américaine par son potentiel encore inexploité. Quant à la France l'auteur prétend que la stabilité économique, exposée depuis 1916 à une pression inflationniste, en plus est menacée par les implications du plan Monnet. La politique de plein emploi, suivie en Angleterre, a causé un changement de structure du revenu national ainsi qu'une augmentation considérable de la consommation collective. Mais cette politique semble avoir atteint les limites de son élasticité. L'économie allemande se trouve déterminée par son démembrement géographique et par les tensions à son intérieur qui sont aussi bien les causes que les conséquences d'un manque de coordination et d'équilibre. Ayant résumé l'évolution et la politique économique des quatre pays, compte tenu de leurs données individuelles, l'auteur conclut à ce que l'intégration des pays européens en tant que concernant les branches d'industrie ne se fera que sur la base d'une coopération dans les domaines de la politique commerciale, financière, monétaire et de crédits.

Resumen: El desarrollo económico en los EE.UU., en Inglaterra, Francia y en la República Federal. En la medida que viene creciendo la integración económica de las economías de los países, se intensifica la necesidad de tener presente, que en todas las comparaciones y ensayos de canjear las experiencias adquiridas en los diversos países, cada una economía política de un país representa una individualidad. A base de los conocimientos de las causas y condiciones del extraordinario desarrollo de la economía de los Estados Unidos, unidos con la investigación de los detalles característicos esenciales de los sistemas económicos de los países europeos, se puede juzgar hasta que grado se podría transferir las experiencias y métodos americanos a los sistemas económicos europeos. Después de haber comparado los más importantes datos estructurales de las cuatro economías, el autor da una característica de cada un sistema económico de los cuatro países. La dinámica y la elasticidad de la economía americana se las atribuye a su potencialidad no explotada. La estabilidad de la economía francesa, sometida desde 1916 a una continua presión inflacionista, queda amenazada de nuevo por la concepción del plan de Monnet. La política de la plena ocupación de Inglaterra ha dado por resultado una transformación de la estructura de las rentas y un fuerte aumento del colectivismo. Los límites de su elasticidad parecen ser más o menos alcanzados. La economía alemana se caracteriza por la división geográfica, de las tensiones internas, que son la causa de la faltante armonía y de las relaciones aritméticas inorgánicas. A base del estudio sobre el desarrollo económico y de la política económica de los cuatro países, teniendo en cuenta su individualidad, el autor llega al resultado de que la integración de los ramos industriales de Europa como fundamento, necesita una extensa colaboración en el campo del comercio, de las finanzas y de la moneda.